

Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Dritte Startbahn: Keine Umwandlung in Aktiengesellschaft - kein Wortbruch der Staatsregierung!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag lehnt die Umwandlung der Flughafen München Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft ab und fordert die Staatsregierung unmissverständlich auf, derartigen Bestrebungen eine Absage zu erteilen.

Begründung:

Ministerpräsident Seehofer hat nach seinem Besuch bei den Bürgerinitiativen gegen den Bau einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen in der Aktuellen Stunde des Landtags am 8. Dezember 2015 wörtlich erklärt:

"Die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch den Finanzminister Markus Söder, hat im Frühjahr dieses Jahres zweimal in einer großen Debatte hier erklärt, dass wir die Frage der dritten Startbahn politisch und nicht juristisch entscheiden. [...] Dann ist mit großem Beifall meiner Fraktion erläutert worden, was wir hier unter einer politischen Entscheidung verstehen: keine Privatisierung, keine Bildung einer Aktiengesellschaft. In diesem Sinne wollen wir es politisch entscheiden [...]"

Wir halten uns an dieses Wort, das wir hier im Parlament und auch in der Öffentlichkeit gegeben haben. Wir sind noch im gleichen Jahr 2015, in dem die Staatsregierung dieses Wort hier zweimal in einer ausführlichen Debatte gegeben hat - unmissverständlich, auch durch die Definition, was wir unter einer politischen, nicht einer juristischen Entscheidung verstehen."

Wenn der gleiche Ministerpräsident jetzt selbst die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft betreibt, wäre dies ein schwerwiegender Wortbruch, der nur zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Politik führen kann. Es wäre zudem ein Schlag ins Gesicht für die engagierten Bürgerinnen und Bürger, die sich nach den Gesprächen in Attaching auf die Zusagen der Staatsregierung verlassen haben.

Eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit dem alleinigen Ziel, die dritte Startbahn entgegen dem Votum Münchens bauen zu können, wäre falsch und muß deshalb unterbleiben.